

Veranstaltung Nr. 19/04/291

Russlanddeutsche Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie jüdische Kontingentflüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland

Zielgruppe:	Migrantinnen und Migranten, Neubürgerinnen und Neubürger sowie alle Interessierten
Termin:	Montag, 15. Juli 2019 – Freitag, 19. Juli 2019
Tagungsort:	Villa Welschen, Am Lehmstich 15, 33813 Oerlinghausen
Tagungsleitung:	Vlada Safraider, Diplom Historikerin, Lehrerin für Geschichte und sozialwissenschaftliche Fächer, Sozialpädagogin, Sozialarbeiterin
Tagungsgebühren:	170,00 € für Seminarkosten, Unterkunft und Verpflegung

Inhalte:

Kurz vor und vor allem nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion siedelten zahlreiche ehemalige Sowjetbürgerinnen und Sowjetbürger deutscher und jüdischer Herkunft nach Deutschland über und fanden in der Bundesrepublik ihre neue Heimat. Im Volksmund werden diese „russlanddeutschen Spätaussiedler“ und „jüdischen Kontingentflüchtlinge“ in der Regel als „Russen“ bezeichnet. In dieser Veranstaltung werden zunächst die Geschichte der Russlanddeutschen und Juden in der Sowjetunion vor 1991 untersucht. Anschließend wird auf die deutsche und jüdische Emigration in die Bundesrepublik und ihre Besonderheiten eingegangen. Die Situation von Russlanddeutschen und Juden in der Bundesrepublik, ihre Rolle im gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben innerhalb der Gesellschaft, ihre Identitäten, Erfolge und Probleme ihrer Integration, die Entwicklung der jüdischen Gemeinden nach der Wiedervereinigung Deutschlands sowie die brisanten Themenkomplexe wie antirussische Ressentiments und Antisemitismus werden ausführlich diskutiert.

Ziele:

Integrationsseminar für Migrantinnen und Migranten, das zur Reflektion, Selbstpositionierung und Beteiligung motivieren soll. Ausgangspunkt ist die Selbstwahrnehmung der Betroffenen, die mit der Wahrnehmung der Zuwanderungsgesellschaft kontrastiert wird.

Die Teilnehmenden sollen Fähigkeiten entwickeln und einüben, Handlungskompetenzen erwerben und Handlungsfelder entdecken, die zur wirkungsvollen Teilnahme an der Fortentwicklung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates notwendig sind.

Förderung:

Für das Seminar wurde als Unterträger der AKSB eine Förderung bei der Bundeszentrale für politische Bildung beantragt.